

Lösungshinweise zu Kapitel 4:

Fallbeispiel 4.1: Magisches Viereck (0)

Lösungshinweise:

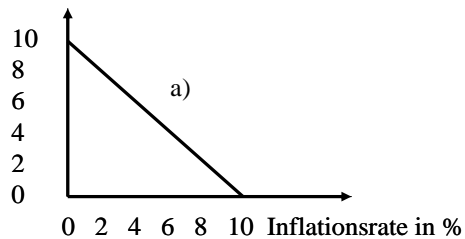
- a) Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz besagt, dass die Entscheidungsträger bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beachten sollen. „Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.“
- b) Die Bezeichnung „magisches Viereck“ hat nichts mit Zauberei, Astrologie oder Aberglauben zu tun (*magia* ist lateinisch und heißt "Zauberei"). Vielmehr soll damit zum Ausdruck gebracht werden, dass es schwierig ist, alle Ziele gleichzeitig zu erreichen. Alle Ziele sind voneinander abhängig und beeinflussen sich gegenseitig. So hat beispielsweise eine restriktive Geldpolitik der Zentralbank (durch hohe Zinsen) zwar einen günstigen Einfluss auf die Preisniveaustabilität, gleichzeitig behindern die hohen Kapitalkosten aber gegebenenfalls Konjunktur und Wachstum. Wenn eines der Ziele nicht erreicht ist, wird es also schwierig sein, ein anderes Ziel sicherzustellen. Es ist aber auch ein umgekehrter Zusammenhang möglich. Ist beispielsweise die Arbeitslosigkeit gering, wird vermutlich auch die Wirtschaft wachsen.
- c) Quantifizierung:

Ziel	Quantifizierung
Stabilität des Preisniveaus	Inflationsrate (Verbraucherpreisindex)
Hoher Beschäftigungsstand	Arbeitslosenzahl, Arbeitslosenquote
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht	Außenbeitrag als prozentualer BIP-Anteil
Stetiges angemessenes Wachstum	Wachstum des realen BIP

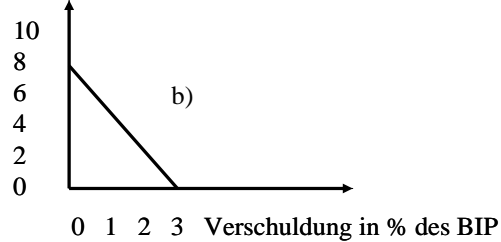
Fallbeispiel 4.2: Zielbeziehungen in der Wirtschaftspolitik (++)

Lösungshinweise:

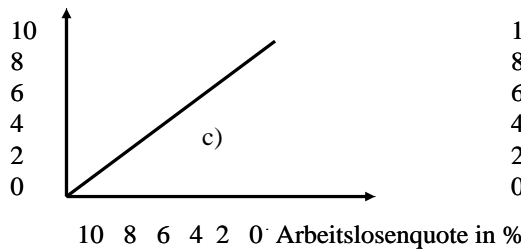
Arbeitslosenquote in %



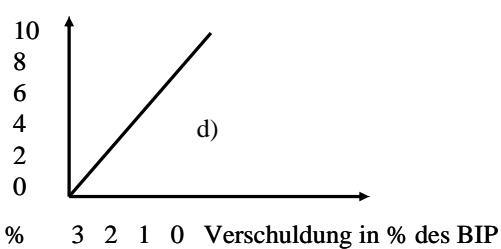
Arbeitslosenquote in %



Wirtschaftswachstum in %



Wirtschaftswachstum in %



Zwischen den Zielen Senkung der Arbeitslosenquote und Preisniveaustabilität kann ein Zielkonflikt entstehen, wenn das Beschäftigungsziel durch zusätzliche Staatsausgaben erreicht werden soll (**Situation a**). Auch ist denkbar, dass geringere Arbeitslosenquoten aufgrund der knapper werdenden Arbeitskräfte mit höheren Lohnabschlüssen einhergehen, die in der Folge zur Anhebung der Güterpreise führen.

Die Verringerung der Arbeitslosenquote kann durchaus auch zu einer Erhöhung der Staatsverschuldung führen, wenn dies z. B. durch höhere Staatsausgaben erreicht werden soll. In diesem Fall liegt ein Zielkonflikt vor (**Situation b**). Eine Zielharmonie liegt hingegen vor, wenn die Verringerung der Arbeitslosigkeit zu höheren Steuereinnahmen führt und in der Folge die Staatsverschuldung reduziert werden kann (hier nicht eingezeichnet).

Ein höheres Wirtschaftswachstum kann zur Verringerung der Arbeitslosigkeit führen. In diesem Fall liegt eine Zielharmonie vor (**Situation c**). Der gleiche Sachverhalt liegt vor, wenn das Wirtschaftswachstum zu Steuermehreinnahmen führt, die in der Folge zum Abbau der Staatsverschuldung genutzt werden (**Situation d**).

Fallbeispiel 4.3: Ordnungs-, Prozess- und Strukturpolitik (0)
Lösungshinweise:

- 1) Der Gegenstand der **Ordnungspolitik** ist die Gestaltung und Weiterentwicklung der Wirtschaftsordnung. Ordnungspolitische Maßnahmen bestimmen die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns, sie werden nur in großen Zeitabständen ergriffen. Ordnungspolitische Entscheidungen haben häufig Verfassungsrang.

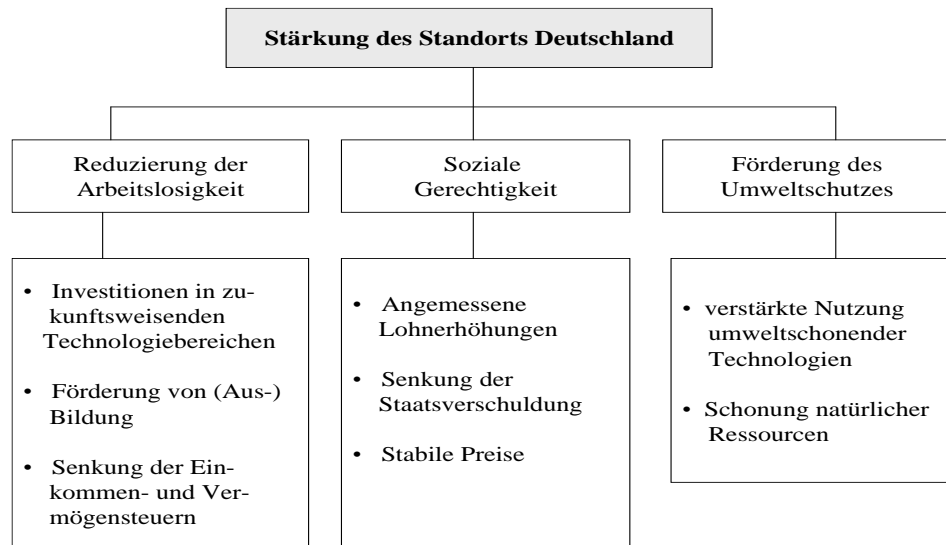
Prozesspolitik hingegen greift direkt in einzelne Wirtschaftsabläufe ein und versucht so, das Wirtschaftsgeschehen zeitnah und sehr konkret zu steuern. Prozesspolitische Eingriffe werden, anders als ordnungspolitische Maßnahmen, häufig vorgenommen. Sie verändern die ökonomischen Prozesse direkt, und es werden Instrumente eingesetzt, deren Wirkungen sich statistisch erfassen lassen. Überwiegend handelt es sich hier um eine Niveausteuerung gesamtwirtschaftlicher Größen und nicht um die Steuerung auf einzelwirtschaftlicher Ebene.

Strukturpolitik bezeichnet politische Maßnahmen verschiedener staatlicher Ebenen (EU, Bund, Länder, Kommunen), die das Ziel verfolgen, die vorhandene Wirtschaftsstruktur so zu beeinflussen bzw. zu verändern, dass sie wirtschaftliche Veränderungen bewältigen können. Die erforderliche Veränderung, Modernisierung oder Anpassung kann sich auf einzelne Industrien oder Branchen (sektorale Strukturpolitik) oder bestimmte Regionen (regionale Strukturpolitik) beziehen. Strukturpolitik wird durch prozesspolitische Maßnahmen umgesetzt.

2)

Begriff	Ordnung	Prozess	Struktur
Wettbewerbsrecht	X		
Investitionszulagen		X	X
Notenbankzinsen		X	
Steuern		X	X
Verbraucherschutz	X		
Notenbankautonomie	X		
Wechselkurspolitik		X	

- 3) Viele ordnungspolitische Maßnahmen sind langfristig ausgerichtet. Veränderungen des ordnungspolitischen Rahmens sind eher selten und wirken sich zudem eher langfristig aus. Die Prozess- bzw. Strukturpolitik nimmt hingegen direkt Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen. Krisenbranchen bieten beispielsweise der Politik eine gute Möglichkeit, ihr Handeln unter Beweis zu stellen.

Fallbeispiel 4.4: Konsistenz wirtschaftspolitischer Zielsysteme (++)
Lösungshinweise:


Das Zielsystem ist wenig operationalisiert. Operationalisierbarkeit bedeutet, dass die Ziele nach Zielinhalt, Zielausmaß, Zeitbezug und Zuständigkeit so genau wie möglich definiert sein müssen. Zwar ist der Zielinhalt definiert, nicht aber die anderen Dimensionen. Fraglich ist auch, was unter Stärkung des Standorts Deutschland zu verstehen ist.

Durch die Anordnung der Ziele in einem Zielsystem ist die Rangordnung der Ziele festgelegt, wobei die Ziele einer Stufe als gleichrangig aufzufassen sind. Es stellt sich die Frage, ob die Ziele widerspruchsfrei formuliert worden sind, ob z. B. ein Zielkonflikt zwischen den Zielen Reduzierung der Arbeitslosigkeit und Förderung des Umweltschutzes besteht. Im vorliegenden Fall sind vor allem Widersprüchlichkeiten zwischen der zweiten und dritten Zielebene sowie innerhalb der einzelnen Zielebenen zu sehen. Wir betrachten dazu drei Beispiele:

- Sollen Investitionen in zukunftsweisende Technologiebereichen die Arbeitslosigkeit reduzieren, müssen die bisher Arbeitslosen vor allem die neue erforderliche Qualifikation besitzen. Darüber hinaus können Rationalisierungseffekte durchaus auch zu einer Verringerung der Beschäftigtenzahl führen.
- Der Vorschlag sieht eine Förderung von (Aus-)Bildung, Senkung von Steuern und Senkung der Staatsverschuldung vor. Völlig unklar ist, wie dieses Maßnahmenbündel zu finanzieren ist.
- Investitionen in zukunftsweisenden Technologiebereichen und zur Umweltschonung setzen unternehmerisches Kapital voraus. Fallen Lohnerhöhungen zu „üppig“ aus, können derartige Investitionen unterbleiben.

Das Zielsystem ist damit zwar auf den ersten Blick übersichtlich und vollständig definiert. Die Überprüfbarkeit scheitert jedoch an den unpräzisen Formulierungen und fehlenden Verantwortlichkeiten. Unklar ist auch, ob die Durchsetzbarkeit der Ziele überhaupt im Rahmen der vorhandenen Wirtschaftspolitik möglich ist. So bleibt z. B. zu berücksichtigen, dass die für die Ziele Verantwortlichen autonom handeln können. Beispielsweise sind die Regierung primär im Bereich der Staatsfinanzen, die Zentralbank in Bezug auf stabile Preise und die Tarifpartner für „angemessene Lohnerhöhungen“ verantwortlich.

Fallbeispiel 4.5: Wirtschaftspolitische Denkschulen und Konzepte (+)
Lösungshinweise:

1)

Kriterium	Angebotspolitik	Nachfragepolitik
Zeithorizont	langfristig	kurz-, mittelfristig
Stabilität des privaten Sektors	gegeben	nicht gegeben
Staatsauffassung	Setzen geeigneter Rahmenbedingungen	bewusstes antizyklisches Gegensteuern
Instrumenteneinsatz	regelgebunden, verstetigend	diskretionär (fallweise)

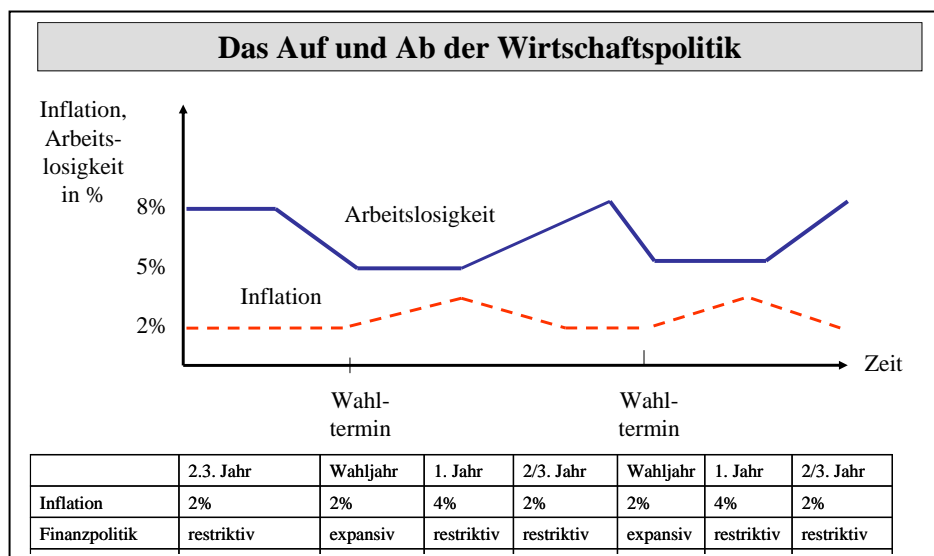
2)

Position	(1)	(2)
„Der Staatsanteil muss auf deutlich reduziert werden.“		X
„Das andauernde Hin und Her in der Wirtschaftspolitik verunsichert die Wirtschaftssubjekte.“		X
„In der Rezession sind Zinssenkungen unumgänglich.“	X	
„Eine Absenkung der Einkommensteuern ist ein geeignetes Mittel, um die Konjunktur bzw. das Wachstum zu beleben.“	X	X
„In der Rezession soll sich der Staat verschulden.“	X	

(1) Keynesianisch; (2) (neo)-klassisch

Fallbeispiel 4.6: Politischer Konjunkturzyklus (+)
Lösungshinweise:

1)



2) Ein politischer Konjunkturzyklus ist eher unwahrscheinlich. Folgende Einwände sind denkbar:

- Es gibt verteilte Verantwortlichkeiten. Eine Regierung kann die Notenbank bei vorliegender Autonomie nicht zu bestimmten geldpolitischen Maßnahmen zwingen, z. B. Zinssenkungen vor einer Wahl, um die Arbeitslosigkeit zu senken.
- Die Maßnahmen müssen sofort wirken, d. h. es dürften keine Verzögerungen auftreten. Zudem muss bekannt sein, in welcher Konjunkturphase sich eine Ökonomie befindet.
- Wähler haben unterschiedliche Präferenzen bezüglich Beschäftigungs- und Inflationsziel.
- Ein rational denkender Wähler erkennt die Absichten der Regierung und erkennt wahltaktische Manöver. Dies heißt aber nicht, dass es keine wahltaktischen Entscheidungen hinsichtlich wirtschaftspolitischer Themen gibt.

Fallbeispiel 4.7: Wirtschaftspolitische Entscheidungsträger und Instrumente (+)
--

Lösungshinweise:

1)

Ziel	Entscheidungsträger
Wirtschaftswachstum	Regierung durch Rahmenbedingungen (u. a. Finanzpolitik), Notenbank durch Preisniveaustabilität, Tarifpartner durch „vernünftige“ Lohnabschlüsse
Umweltschutz	Regierung durch Rahmenbedingungen (u. a. Umweltpolitik); Unternehmen und Bevölkerung durch Verhalten
Gerechte Einkommensverteilung	Regierung durch Rahmenbedingungen (u. a. Steuerpolitik), Tarifpartner durch Lohnpolitik
Sichere Arbeitsplätze	Es gibt keine direkt Verantwortlichen, da sichere Arbeitsplätze nur dann geschaffen werden können, wenn die Unternehmen wettbewerbsfähig sind.

2)

Instrument	Eingriffsintensität	Qualitativ/Quantitativ
Umweltauflagen	hoch	qualitativ, quantitativ möglich
Einkommensteuer	mittel (Induzierung)	quantitativ (%-Satz)
Lohnhöhe	gering (Abstimmung)	quantitativ (%-Satz)
Deregulierung	hoch	qualitativ

3)

Anforderungen an eine wirtschaftspolitische Regel:

- Die Regel muss einfach sein, d. h. nachvollziehbar für die Öffentlichkeit und gegebenenfalls für die Gerichte, wenn Verstöße geahndet werden sollen.
- Die Regel muss auf ein konkretes Ziel ausgerichtet sein. Sie darf nicht Selbstzweck sein.
- Die Regel muss auf eine stabile Beziehung zwischen den einschlägigen ökonomischen Aggregaten abstellen (z. B. die Quantitätsgleichung).

4)

Eine verhaltensinduzierende Maßnahme muss eindeutige Anreizwirkungen auf die Marktteilnehmer haben. Andernfalls kann das Gegenteil der angestrebten Zielsetzung auftreten.

Dieser Sachverhalt ist als Kobra-Effekt verfehlter Politikanreize bekannt. Die Bezeichnung geht auf ein historisches Ereignis in Indien zurück. Ein britischer Gouverneur wollte einer Kobraplage Einhalt gebieten, indem er ein Kopfgeld auf jedes erlegte Exemplar aussetzte. Dieses Konzept funktionierte zunächst gut, denn es wurden viele tote Schlangen abgeliefert. Jedoch wurde deren Anzahl nicht gemindert, da die Bevölkerung dazu überging, Kobras zu züchten und zu töten, um weiterhin von der Prämie zu profitieren. Als das Kopfgeld nach einem gewissen Zeitraum wieder aufgehoben wurde, ließen die Züchter die Tiere frei, da sie keine Verwendung mehr für sie hatten. Dadurch hatte sich dank (indirekter) staatlicher Förderung die Zahl der Kobras vervielfacht.

Fallbeispiel 4.8: Nachhaltige Entwicklung (+)

- 1) Unter nachhaltiger Entwicklung wird laut Brundtland-Bericht aus dem Jahr 1987 (vgl. *Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future*) eine Entwicklung verstanden, welche die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt, ohne jene kommender Generationen zu beeinträchtigen. Die Bedürfnisse werden als gleichrangige Einheit von ökologischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungsbedingungen verstanden. Sie beinhalten auch eine Verantwortung über die Landesgrenzen hinweg, da die soziale Kluft zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern verringert werden soll.
- 2) Themenbereiche:

ökologische Dimension	ökonomische Dimension	soziokulturelle Dimension
Klimawandel	instabiles Währungs- und Finanzsystem	Armut, soziale Ungerechtigkeit
Zerstörung von Ökosystemen und Artenvielfalt	zunehmende Staatsverschuldung wichtiger Volkswirtschaften	teilweise rapides Bevölkerungswachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern
Übernutzung natürlicher Lebensgrundlagen	außenwirtschaftliche Ungleichgewichte	Bevölkerungsrückgang in westlichen Volkswirtschaften
zunehmender Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen	Persistenz von „Unterentwicklung“	Gefahr gewaltsamer Konfliktlösungen
gesundheitsgefährdende Veränderungen der Umwelt (z. B. durch das „Ozonloch“)	unzureichende Ausstattung mit öffentlichen Gütern	Belastungen für die Gesundheit und Lebensqualität

Fallbeispiel 4.9: Ökonomie und Ökologie (+)
Entnahmemedium:

- Primärenergiegewinnung (Kohle, Öl, Gas)
- Rohstoffgewinnung (Lithium, seltene Erden,)
- Landschaftsnutzung für Gebäude
- Landschaftsnutzung für Tourismus
- Wassernutzung für Industrieprozesse

Aufnahmemedium:

- Produktionsabfälle
- Haushaltsabfälle (Kunststoff, Papier, Glas, Restmüll)
- Abgase aus Produktionsprozessen (CO₂, SO₂, NO_x,...)
- Auto-Abgase
- Abwasser aus Haushalten und Industrieprozessen